

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

11.12.2013 BVV

BVV/019/VII

Betreff: Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept für den Ortsteil Heinersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, für den Ortsteil Heinersdorf eine integrierte Entwicklungskonzeption (INSEK) erstellen zu lassen. Die Erstellung des integrierten Entwicklungskonzeptes ist öffentlich auszuschreiben. Die Auftragsvergabe erfolgt unter Einbeziehung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Grünanlagen.

1. Ziel des Konzeptes ist es, eine ganzheitliche, an öffentlichen und städtebaulichen Handlungsbedarfen orientierte Entwicklung von Heinersdorf zu ermöglichen und einen Abwägungsprozess zwischen lokalen, bezirklichen und übergeordneten Interessen zu initiieren.
2. Mit dem Entwicklungskonzept sollen die städtebaulichen Missstände erfasst und Vorschläge für deren Behebung unterbreitet werden. Bedarfe der öffentlichen Hand sind zu ermitteln und darzustellen.
3. Insbesondere ist aufzuzeigen,
 - welche Sanierungsbedarfe bei den Grünflächen vorliegen und ob und wo ein Defizit an Spielplätzen besteht;
 - welche Sanierungs- und Erweiterungs- und Neubaubedarfe bei den Kindertagesstätten, Schulen, Sport- und generationsübergreifenden Angeboten vorhanden sind;
 - welche Flächen sich für den Neubau von Mietwohnungsbau eignen und welche besonderen Bedarfe für den Wohnungsraum bestehen;
 - welche Flächen sich für die Entwicklung von Gewerbe eignen und welche Rahmenbedingungen (Emissionsschutz, Verkehrsanbindung) dabei zu beachten sind.
4. Für den Ortskern zwischen Rothenbachstraße und Heinersdorfer Kirche bzw. der Alten Feuerwache ist darüber hinaus ein Konzept zur verkehrlichen Beruhigung und städtebaulichen Neugestaltung zu entwickeln, mit dem der barrierefreie Umbau der Haltstellen für den ÖPNV erfolgt und ein attraktiver Zentrumsbereich mit hoher Aufenthaltsqualität und zentrumstypischen Nutzungen ausgebildet wird. Dabei sind die Überlegungen des Bezirks für den Bau einer neuen Straßenbahnverbindung vom S- und U-Bahnhof Pankow nach Weißensee über Heinersdorf zu berücksichtigen.
5. Die Erstellung des INSEK soll von einem Werkstattverfahren begleitet werden, in dem VertreterInnen der BürgerInnen, der BVV, des Bezirksamtes und des Senats

teilnehmen. Darüber hinaus sind die Bewohnerinnen und Bewohner in einem mit der BVV abzustimmenden Prozess einzubeziehen und zu beteiligen.

6. Das Bezirksamt wird ersucht, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung dafür einzusetzen, dass vor Erstellung des INSEK Heinersdorf keine Entscheidungen bezüglich übergeordneter Straßenneubauten getroffen werden; bis dahin hat ein Planungsmoratorium zu gelten.

Berlin, den 03.12.2013

Einreicher: Fraktion der SPD
gez. Rona Tietje
gez. Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

EINSTIMMIG
 MEHRHEITLICH
 JA
 NEIN
 ENTHALTUNGEN

überwiesen in den Ausschuss für
zusätzlich in den Ausschuss für
und in den Ausschuss für

Stadtentwicklung und Grünanlagen

federführend

Begründung:

Der Ortsteil Heinersdorf weist seit Jahren städtebauliche Missstände auf und wird durch einen starken Durchgangsverkehr geprägt. Die Nutzungen im Ortskern entsprechen nicht seiner ursprünglichen Bedeutung. Im Gegenteil: die derzeitigen Nutzungen und der hohe Verkehr(-slärm) verhindern eine positive Entwicklung des Zentrums. Damit liegen erhebliche Entwicklungshemmnisse vor, für die es bisher keine adäquaten Lösungsvorschläge gab. Das hat u. a. auch dazu geführt, dass notwendige Investitionen in die Sanierung oder Verbesserung von Gehwegen und Radverkehrsanlagen nicht erfolgt sind. Auch beim Hochbau lässt sich ein gewisser Sanierungsstau ohne weiteres im Ortsbild ablesen.

Durch eine Bauvoranfrage auf der ehemaligen Industriebahntrasse ist nunmehr neue Bewegung entstanden, da der Senat die Eisenbahnstrecke im Rahmen der sogenannten Heinersdorfer Verkehrslösung als Netzteil N4 für eine übergeordnete Straßenverbindung nutzen will und bereits an einem Bebauungsplanverfahren und der Änderung des Flächennutzungsplanes arbeitet. BVV und Bezirksamt lehnen den Bau des Netzelementes N4 jedoch ab, so dass die Gefahr besteht, dass neue Verkehrsanlagen errichtet werden, ohne dass die im Bezirk erkannten Probleme einer Lösung zugeführt werden.

Auch im Ortsteil Heinersdorf ist ein Bevölkerungsaufwuchs festzustellen. Neben größeren Vorhaben von BBG und Gesobau werden zahlreiche Einfamilienhäuser – nicht nur als Lückenschlüsse und Bebauung von Brachflächen – errichtet. Dadurch verändern sich die städtebaulichen Rahmenbedingungen ganz allmählich. Massive Veränderungen zeichnen sich durch die mögliche Bebauung des Rangierbahnhofs Pankow sowie die Planungen im Gewerbegebiet Heinersdorf ab. Sie werden erhebliche Auswirkungen auf den Ortsteil haben, und zwar nicht nur in verkehrlicher Hinsicht. Die Anforderungen an die städtebauliche Gestaltung des Ortskerns und von Heinersdorf insgesamt werden sich also stark verändern, Heinersdorf wird sich stark verändern.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob eine gesteuerte Entwicklung mit möglicher Integration unterschiedlicher Themen und Abwägung unterschiedlicher Raumnutzungskonflikte erfolgen soll oder ob die Entwicklung dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleibt.

Insbesondere wenn für den Neubau von Verkehrsanlagen zweistellige Millionenbeträge aufgewendet werden sollen, ist die Frage nach dem Nutzen für Heinersdorf berechtigt. Denn es ist nur sehr wenig erreicht, wenn der MIV 300 Meter nach Osten verlagert wird und ansonsten alles so bleibt wie es ist. Das wird die BewohnerInnen insgesamt nicht überzeugen können.